

Deutscher Kulturrat · Markgrafendamm 24, Haus 16 · 10245 Berlin

An die Mitglieder des
Ausschusses für Gesundheit des
Deutschen Bundestags
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Deutscher Kulturrat e.V.
Markgrafendamm 24
Haus 16 · 10245 Berlin
Telefon 030 . 226 05 28-0
Fax 030 . 226 05 28-11
post@kulturrat.de
www.kulturrat.de

Per Mail: anja.luedtke@bundestag.de

Berlin, den 20.03.2022

Öffentliche Anhörung des Gesundheitsausschusses am 21.03.2022 zu

- Drucksache 20/680 Impfbereitschaft ohne allgemeine Impfpflicht gegen SARS-CoV-2 erhöhen
- Drucksache 20/899 Entwurf eines Gesetzes zur Aufklärung, Beratung und Impfung aller Volljährigen gegen SARS-CoV-2
- Drucksache 20/954 Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer verpflichtenden Impfberatung für Erwachsene und einer altersbezogenen Impfpflicht ab 50 Jahren unter Vorbehalt gegen das Coronavirus SARS-CoV-2
- Drucksache 20/954 Impfvorsorgegesetz – Ein guter Schutz für unser Land
- Drucksache 20/516 Keine gesetzliche Impfpflicht gegen das COVID-19-Virus

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

für die Einladung zur öffentlichen Anhörung am 21.03.2022 zu den o.g. Anträgen und Gesetzesentwürfen danke ich im Namen des Deutschen Kulturrates herzlich.

Angesichts der kurzen Frist zur Stellungnahme bitte ich um Verständnis, dass auf die einzelnen Anträge und Gesetzesentwürfe nicht detailliert eingegangen werden kann, sondern allgemein Stellung genommen wird.

Die Corona-Pandemie hinterlässt seit März 2020 im gesamten Kulturbereich tiefe Spuren. Die Auswirkungen spüren die Künstlerinnen und Künstler, die von Auftragseinbrüchen bzw. -rückgängen betroffen sind und sich deren ohnehin prekäre wirtschaftliche Lage noch einmal verschärft hat. Die Kultureinrichtungen waren phasenweise geschlossen und müssen auch nach ihrem Wiederöffnen um ihr Publikum kämpfen, da viele Besucherinnen und Besucher Infektionen bei dem Besuch einer Kultureinrichtungen – trotz großer Investitionen in Lüftungsanlagen und Hygienevorschriften – befürchten. Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft sind das dritte Jahr in Folge von massiven Umsatzeinbrüchen betroffen. Gerade jener Sektor des Kulturbereiches, der normalerweise keine staatlichen Mittel benötigt, da er am Markt erfolgreich agiert, braucht nach wie vor

staatliche Hilfen, um unter Coronabedingungen überleben zu können. Kulturvereine, die das Rückgrat des kulturellen Lebens, insbesondere im ländlichen Raum, stellen, verlieren Mitglieder, da das übliche Vereinsleben während der Pandemie weitgehend eingestellt werden musste. Insbesondere junge Menschen verlieren den Anschluss an die Kultur. Gerade Kunst und Kultur bieten die Chance, sich einerseits mit den Folgen der Pandemie auseinanderzusetzen und andererseits Freude zu empfinden, um dadurch erneut Kraft zu schöpfen.

Sowohl Bund als auch die Länder haben den Kulturbereich in den letzten zwei Jahren durch unterschiedliche Maßnahmen gestützt. Seien es die Wirtschaftsprogramme wie Überbrückungshilfen, seien es Stipendien für Künstlerinnen und Künstler, sei es der flexible Umgang mit Fördermitteln, sei es die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Dennoch ist das kulturelle Leben nach wie vor stark beeinträchtigt.

Obwohl sehr schnell Impfstoffe zur Verfügung standen, die inzwischen millionenfach in Deutschland verimpft wurden, sind aktuell nach wie vor zu wenige Menschen in Deutschland geimpft, um die Pandemie zurückdrängen zu können und vulnerable Gruppen ausreichend zu schützen. Der Kulturbereich engagiert sich mit Impfaufrufen sowie Impfangeboten in Kultureinrichtungen, um die Impfquote zu erhöhen.

Aktuell zeichnet sich allerdings ab, dass Appelle nicht reichen, um ausreichend Menschen zu überzeugen, sich impfen zu lassen. Die Impfquote in Deutschland ist nach wie vor zu gering, was befürchten lässt, dass bei einer neuen Welle mit einer möglicherweise neuen Virusvariante im Herbst dieses Jahres erneut Schließungen von Kulturorten erforderlich sein könnten. Dieses würde den Kulturbereich essenziell treffen und könnte alle Anstrengungen für einen Neustart in der Kultur zunichtemachen.

Es ist daher unabdingbar, jetzt die Impfquote zu erhöhen. Wesentlich bei einer Impfpflicht ist, dass sie adäquat administriert wird und bei der Umsetzung die verschiedenen staatlichen Ebenen Bund, Länder und Gemeinden eng zusammenarbeiten und sich abstimmen. Es ist jetzt an der Zeit zu handeln, um für den Herbst vorbereitet zu sein.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Olaf Zimmermann
Geschäftsführer